Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3760

08. 02. 96

Antrag

der Abgeordneten Ursula Schmidt (Aachen), Ottmar Schreiner, Christel Hanewinckel, Dr. Edith Niehuis, Hanna Wolf (München), Gerd Andres, Doris Barnett, Ingrid Becker-Inglau, Hans Berger, Anni Brandt-Elsweier, Tilo Braune, Hans Büttner (Ingolstadt), Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Marion Caspers-Merk, Wolf-Michael Catenhusen, Dr. Herta Däubler-Gmelin, Dr. Marliese Dobberthien, Peter Dreßen, Rudolf Dreßler, Peter Enders, Petra Ernstberger, Elke Ferner, Lothar Fischer (Homburg), Gabriele Fograscher, Arne Fuhrmann, Monika Ganseforth, Konrad Gilges, Günter Gloser, Dr. Peter Glotz, Angelika Graf (Rosenheim), Dieter Grasedieck, Karl-Hermann Haack (Extertal), Klaus Hagemann, Klaus Hasenfratz, Stephan Hilsberg, Ingrid Holzhüter, Eike Maria Anna Hovermann, Barbara Imhof, Renate Jäger, Jann-Peter Janssen, Klaus Kirschner, Siegrun Klemmer, Walter Kolbow, Nicolette Kressl, Horst Kubatschka, Dr. Uwe Küster, Christine Kurzhals, Waltraud Lehn, Christa Lörcher, Erika Lotz, Dr. Christine Lucyga, Dorle Marx, Ulrike Mascher, Heide Mattischeck, Markus Meckel, Ursula Mogg, Siegmar Mosdorf, Doris Odendahl, Leyla Onur, Manfred Opel, Adolf Ostertag, Georg Pfannenstein, Karin Rehbock-Zureich, Margot von Renesse, Renate Rennebach, Bernd Reuter, Dr. Edelbert Richter, Günter Rixe, Gudrun Schaich-Walch, Dieter Schanz, Siegfried Scheffler, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Regina Schmidt-Zadel, Heinz Schmitt (Berg), Dr. Mathias Schubert, Brigitte Schulte (Hameln), Dr. R. Werner Schuster, Dr. Angelica Schwall-Düren, Bodo Seidenthal, Lisa Seuster, Wolfgang Spanier, Antje-Marie Steen, Dr. Peter Struck, Jörg Tauss, Wolfgang Thierse, Franz Thönnes, Hans-Eberhard Urbaniak, Ute Vogt (Pforzheim), Dr. Konstanze Wegner, Reinhard Weis (Stendal), Hildegard Wester, Lydia Westrich, Inge Wettig-Danielmeier, Verena Wohlleben, Heidemarie Wright, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Arbeitsmarktpolitik für Frauen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Arbeitsplätze sichern und neue schaffen, Arbeitslosigkeit bekämpfen und Erwerbsarbeit gerecht verteilen, dies sind zentrale Fragen der Gleichstellungspolitik.

Mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit ist die Gefahr verbunden, daß die Konkurrenz um Arbeitsplätze weiter wächst und immer mehr Frauen, trotz ihrer vielfach überdurchschnittlichen schulischen und beruflichen Qualifikation, vom Arbeitsmarkt verdrängt werden. Das zeigt sich insbesondere im ostdeutschen Transformationsprozeß, in dem die Arbeitslosigkeit verstärkt zu Lasten von Frauen geht. So hat sich an den Eckdaten der Frauenarbeitslosig-

keit in den letzten Jahren wenig geändert. Immer noch stellen Frauen mit 42,4 % im Westen und knapp 61 % im Osten einen überproportionalen Anteil an den registrierten Erwerbslosen. In den neuen Bundesländern ist ihre Arbeitslosenquote fast doppelt so hoch, wie die der Männer, ohne daß sie in gleichem Maße an der Wiederbeschäftigung partizipieren können.

Angesichts der hohen und steigenden Zahl von über 4,5 Millionen Menschen in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, in denen sich sowohl in West- als auch in Ostdeutschland überwiegend Frauen befinden, ist es vordringlich, diese Beschäftigungsverhältnisse sozial abzusichern.

Bislang haben die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Programme der Wirtschafts- und Strukturpolitik lediglich zu Beschäftigungsvorteilen für Männer geführt. Sie sind deshalb unzureichend. Die Erzielung positiver Beschäftigungseffekte für Frauen ist auch ein Aufgabe des Staates, der nach Artikel 3 Abs. 2 GG darauf hinzuwirken hat, bestehende Nachteile für Frauen zu beseitigen.

Die Umverteilung von Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen eröffnet neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Die generelle Ausweitung der Teilzeitarbeit darf aber nicht dazu führen, daß weiterhin fast nur Frauen auf Teilzeitarbeitsplätze verwiesen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- das Arbeitsförderungsgesetz so weiterzuentwickeln, daß Frauen an Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung, entsprechend ihrem Anteil an den Erwerbslosen, berücksichtigt werden;

- eine Teilzeitoffensive durchzuführen, die sich insbesondere an Männer richtet, die bislang keine Teilzeitarbeit wahrnehmen konnten, und für solche Arbeitsplätze, die bislang als schwer oder kaum teilbar angesehen werden. Teilzeitarbeit ist mit einem Rückkehrrecht auf einen Vollzeitarbeitsplatz abzusichern, und die bestehenden Benachteiligungen bei der sozialen Sicherung, Weiterbildung und beim beruflichen Aufstieg sind gesetzlich zu unterbinden;

- den Mißbrauch der Geringfügigkeitsgrenze in der Sozialversicherung zu beseitigen, so daß die Arbeitgeber für alle geringfügig Beschäftigten – ab einer Bagatellgrenze – Sozialversicherungsbeiträge bezahlen;

- ein Konzept vorzulegen, wie haushaltsbezogene Dienstleistungen über Dienstleistungsagenturen in abgesicherten Arbeitsverhältnissen in Anspruch genommen werden können;

- Maßnahmen zur Modernisierung bestehender Ausbildungsordnungen und zur Schaffung neuer Berufe und Ausbildungsordnungen zu ergreifen, u. a. in der Medienwirtschaft, im Freizeitbereich, in Wartung und Sicherung, in der Logistik sowie im Controlling. Hierbei ist sicherzustellen, daß die Hälfte der Ausbildungsplätze von Mädchen beansprucht werden kann;

- ein Altenpflegegesetz vorzulegen, mit dem die Strukturen, Ziele, Inhalte und Dauer der Ausbildung sowie die Ausbildungsvergütung für die Berufe in der Altenpflege bundeseinheitlich geregelt werden;
- die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch gesetzliche Frauenfördermaßnahmen zu sichern;
- in den wirtschafts- und strukturpolitischen Programmen des Bundes sicherzustellen, daß qualifizierte und zukunftsträchtige Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen eröffnet werden und durch eine Verknüpfung von Frauenpolitik mit der Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung der Zugang von Frauen, insbesondere in den sekundären Dienstleistungsbereich (Disponieren, Management, Forschen, Entwickeln, Erziehen, Lehren etc.), tatsächlich verbessert wird;
- im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe die Verpflichtung aufzunehmen, daß Maßnahmen zur Frauenförderung in dem Unternehmen durchgeführt werden;
- eine Existenzgründungsinitiative für Frauen vorzulegen und damit bestehende Benachteiligungen von Frauen hinsichtlich Startkapital, Eigenkapital und Risikokapital ausgleichen zu helfen.

Bonn, den 8. Februar 1996

Ursula Schmidt (Aachen)
Ottmar Schreiner
Christel Hanewinckel
Dr. Edith Niehuis
Hanna Wolf (München)
Gerd Andres
Doris Barnett
Ingrid Becker-Inglau
Hans Berger
Anni Brandt-Elsweier
Tilo Braune
Hans Büttner (Ingolstadt)
Edelgard Bulmahn
Ursula Burchardt
Marion Caspers-Merk
Wolf-Michael Catenhusen
Dr. Herta Däubler-Gmelin
Dr. Marliese Dobberthien
Peter Dreßen
Rudolf Dreßler
Peter Enders
Petra Ernstberger
Elke Ferner
Lothar Fischer (Homburg)
Gabriele Fograscher
Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth
Konrad Gilges
Günter Gloser
Dr. Peter Glotz
Angelika Graf (Rosenheim)
Dieter Grasedieck
Karl-Hermann Haack (Extertal)
Klaus Hagemann
Klaus Hasenfratz
Stephan Hilsberg
Ingrid Holzhüter
Eike Maria Anna Hovermann
Barbara Imhof
Renate Jäger
Jann-Peter Janssen
Klaus Kirschner
Siegrun Klemmer
Walter Kolbow
Nicolette Kressl
Horst Kubatschka
Dr. Uwe Küster
Christine Kurzhals

Waltraud Lehn
Christa Lörcher
Erika Lotz
Dr. Christine Lucyga
Dorle Marx
Ulrike Mascher
Heide Mattischeck
Markus Meckel
Ursula Mogg
Siegmar Mosdorf
Doris Odendahl
Leyla Onur
Manfred Opel
Adolf Ostertag
Georg Pfannenstein
Karin Rehbock-Zureich
Margot von Renesse
Renate Rennebach
Bernd Reuter
Dr. Edelbert Richter
Günter Rixe
Gudrun Schaich-Walch
Dieter Schanz
Siegfried Scheffler
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Regina Schmidt-Zadel
Heinz Schmitt (Berg)
Dr. Mathias Schubert
Brigitte Schulte (Hameln)
Dr. R. Werner Schuster
Dr. Angelica Schwall-Düren
Bodo Seidenthal
Lisa Seuster
Wolfgang Spanier
Antje-Marie Steen
Dr. Peter Struck
Jörg Tauss
Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Hans-Eberhard Urbaniak
Ute Vogt (Pforzheim)
Dr. Konstanze Wegner
Reinhard Weis (Stendal)
Hildegard Wester
Lydia Westrich
Inge Wettig-Danielmeier
Verena Wohlleben
Heidemarie Wright
Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333